

Nordrhein-Westfalen
Landtag
intern extra



Sonderheft neuer Landtag Nordrhein-Westfalen 2. Oktober 1988



Neuer Blickfang in der Landeshauptstadt: Der Landtag am Strom mit Rheinturm

Foto: Fanslau



Treffpunkt für das politische Gespräch: Die Wandelhalle des neuen Parlaments.

Foto: Schüler

Landtagspräsident Karl Josef Denzer zum Föderalismus im größeren Europa

Pluralismus als ein wichtiges Zeichen der Demokratie

Der Präsident des nordrhein-westfälischen Landtags, Karl Josef Denzer, sprach als erster Festredner und als Hausherr allen seinen Dank aus, die mitgeholfen haben, das Bauwerk zu schaffen. Im Verlauf seiner Rede ging Denzer auf den Föderalismus ein, der mit dem Landtagsneubau „eine gleichsam steingewordene Bestätigung“ erfahren habe. Wörtlich sagte der Präsident:

„Der 2. Oktober ist in der noch jungen Geschichte unseres Landes Nordrhein-Westfalen ein Tag mit Symbolkraft. Heute vor 42 Jahren trat der Landtag von Nordrhein-Westfalen zum ersten Mal zu einer Sitzung zusammen. In einem Staatsakt anlässlich der 40. Wiederkehr dieser Sitzung haben wir uns an deren Ort — in der Oper zu Düsseldorf — daran erinnert.

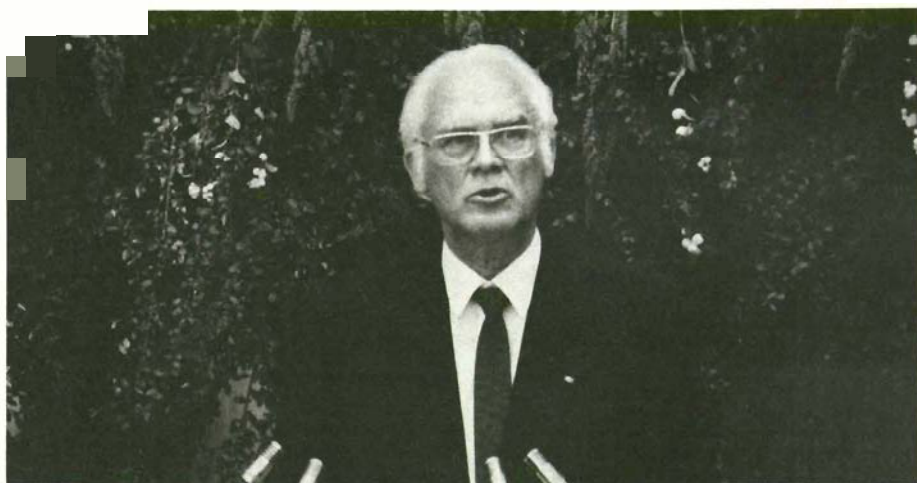
Heute — zwei Jahre später — haben wir wieder Anlaß zum Feiern. Nach langer Planungs- und Bauzeit ist das neue Landtagsgebäude — von Kleinigkeiten abgesehen — fertiggestellt. Der Landtag von Nordrhein-Westfalen hat sein neues Haus bezogen: Ein Haus des Souveräns, wie ein Journalist schrieb, ein Haus für 17 Millionen Bürger. Bürger unseres Landes nehmen an diesem Festakt teil; ihnen gilt mein besonderer Gruß. Diesen Gruß richte ich damit auch gleichermaßen an die Bürgerinnen und Bürger, die diesen Festakt am Bildschirm mitverfolgen.

Ich möchte an dieser Stelle zunächst einen Dank an diejenigen richten, die das neue Landtagsgebäude erst möglich gemacht haben:

- An meine Vorgänger, die gegen alle Widerstände, die es ja auch gab, deutlich gemacht haben, daß Provisorien nicht von Dauer sein müssen;
- an diejenigen Kolleginnen und Kollegen, die für ihre Fraktionen die notwendigen Entscheidungen herbeigeführt haben;
- an die Architekten, denen es in großartiger Weise gelungen ist, unser Land und diese Landeshauptstadt um ein Bauwerk zu bereichern, auf das wir stolz sein können und das den Ansprüchen, die an ein solches Parlamentsgebäude gestellt werden können, in hervorragender Weise entspricht und
- an die vielen am Bau Beteiligten, die ihren Beitrag dazu geleistet haben, daß dieses Bauwerk uns lange Zeit viel Freude bereiten möge.

Unbeschadet aller Freude über unser neues Haus gibt es aber auch kritische Stimmen: Manche fragen: Warum ein neues Landtagsgebäude gerade in dieser Zeit? Hätte man das dafür ausgegebene Geld nicht in anderer Weise — sinnvoller — einsetzen können? Ist dieses neue Landtagsgebäude nicht vielmehr ein Denkmal für überlebten Föderalismus?

Ich meine Nein! Und ich möchte dies mit einigen Gedanken zum „Föderalismus in einem größeren Europa“ verdeutlichen. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat. So bestimmt es Artikel 20, Absatz 1 des Grundgesetzes. Und die Artikel 30 und 83 begründen eine eigene Gesetzgebungs- und Verwaltungshoheit der Länder. Vor allem aber Artikel 79, Absatz 3 des Grundgesetzes



Der Präsident des nordrhein-westfälischen Landtags, Karl Josef Denzer.

Foto: Schüller

macht deutlich, daß der Föderalismus als prägendes Element unseres Staatswesens bewußt gewollt ist. Denn danach ist „eine Änderung dieses Grundgesetzes, durch welche die Gliederung des Bundes in Länder“ sowie „die grundsätzliche Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung... berührt werden, unzulässig.“ So heißt es dort.

Die Verfassungsväter und Verfassungsmütter haben sich nicht zuletzt aufgrund leidvoller historischer Erfahrungen mit dem Zentralstaat für den Föderalismus, den Bundesstaat mithin, entschieden. Aber: Hat nicht der sogenannte kooperative Föderalismus, der mehr von den Landesregierungen denn von den Landesparlamenten betrieben wird, die Eigenstaatlichkeit der Länder zunehmend, vielleicht sogar weitgehend ausgehöhlt? Und: Läßt nicht die Identifikation der Bürger mit den Ländern nach, konzentriert sich ihr Interesse nicht vielmehr auf die politischen Entscheidungen ihrer unmittelbaren Nachbarschaft, nämlich in den Gemeinden, und dann auf die „hohe Politik“ im Bund?

Auch im Hochgefühl dieses Tages, an dem der Föderalismus mit diesem Landtagsneubau eine gleichsam steingewordene Bestätigung erfährt, gebietet es die politische Kultur, ehrlich miteinander zu bleiben. Diese Ehrlichkeit ist um so angebrachter angesichts des Datums 1992, wenn die Bundesrepublik voll in das Europa des gemeinsamen Binnenmarktes integriert sein wird. Hat dann der Föderalismus überhaupt noch eine Chance? Oder wird er zu einem politischen Anachronismus, vielleicht sogar zu einem kostspieligen Ärgernis? Das größere Europa, das den heute noch engen nationalstaatlichen Rahmen sprengen soll, kann doch wohl nicht heißen, sich der eigenen Wurzeln und der gewachsenen Traditionen zu entledigen. Andernfalls wäre es ein Akt politischer Knebelung, würden in diesem gemeinsamen größeren Europa die Eigenheiten und Besonderheiten der Mitgliedstaaten von einem zentralen bürokratischen Apparat untergepflegt und eingegeben. Dies kann, so lehrt die Geschichte, auf längere Zeit nicht gutgehen. So sind die neuzeitlichen Erfahrungen Deutschlands mit dem staatlichen Zentralismus deprimierender und vernichtender Art.

Denn nicht von ungefähr haben Nationalsozialisten, um ihre brutalen Machtansprüche durchzusetzen, als eine der ersten Maßnahmen nach dem Ermächtigungsgesetz auch die bundesstaatliche Ordnung von Weimar zerschlagen.

Durch das sogenannte „Neuaufbaugesetz“ von Anfang 1934 wurden die Länder gleichgeschaltet, verloren sie ihre Eigenständigkeit, die ja zumindest noch auf dem Papier gestanden hatte, degenerierten sie zu Verwaltungsbezirken. Diese Maßnahmen waren Elemente der bittersten Lektion, die die Geschichte uns Deutschen — und zwar selbst verschuldet — erteilt hat. Eine der Folgen, nämlich die Teilung der Nation, ist bis heute nicht überwunden.

Gerade diese Lektion macht aber auch die Vorteile und Nachteile von Föderalismus und Zentralismus als staatliche Ordnungsprinzipien deutlich. Einige will ich immerhin nennen. Der Zentralismus birgt in sich die Gefahr abgehobener Apparate, neigt zur Aufblähung der Bürokratie, schränkt die demokratische Kontrolle ein. Er behindert die Korrektur von politischen Fehlentscheidungen.

In jüngster Zeit kommt noch das Risiko einer stärkeren Überwachung der Bevölkerung hinzu. Durch die Vernetzung von Computersystemen und Dateien läßt sich einem Zentralstaat leicht und schnell ein überdimensionales Kontrollraster überstülpen.

Der Föderalismus hingegen belebt die Konkurrenz der Bundesländer, führt zu einem politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Wettbewerb, schafft also einen Pluralismus, der ein wichtiges Kennzeichen der Demokratie ist. Auch wenn dem einen oder anderen diese Dauerkür der Teilstaaten der Bundesrepublik lästig oder störend ist: Das Gemeinwesen profitiert doch insgesamt davon. Ich jedenfalls sehe darin ein belebendes Element der bundesrepublikanischen Politik. Ich möchte es daher auch nicht missen.

Ein weiterer Vorteil ist: Der Föderalismus begünstigt und verstärkt die Notwendigkeit zur Kompromißsuche, sowohl im Verhältnis der Länder untereinander als auch im Verhältnis der Länder zum Bund. Die Fähigkeit, ja der Zwang zum Kompromiß ist wohl als

Fortsetzung Seite 4

Europäischer Parlamentspräsident: Die Bürger schauen nach Düsseldorf

„Der Landtag hat seinen Platz gefunden“

Lord Plumb of Coleshill ist Präsident des Europäischen Parlaments, das aus der Direktwahl vom Juni 1984 hervorgegangen ist, zu der die Wähler aus den damals zehn Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft aufgerufen waren. Zu den 434 Abgeordneten von damals sind inzwischen 84 weitere Abgeordnete hinzugekommen, die nach dem Beitritt weiterer Staaten in das Europaparlament delegiert worden sind.

Lord Plumb of Coleshill bedankte sich für die große Ehre der Einladung und fuhr fort: „Als Mitglied zugleich des ältesten Parlaments der Welt — vielleicht mit Ausnahme des Parlaments von Island — und des jüngsten Parlaments Europas war ich hochofrenut diese Einladung zu erhalten. Sprechen werde ich in meiner Eigenschaft als Präsident des Europäischen Parlaments, nicht als Mitglied des House of Lords. Auch für letzteres gäbe es Anknüpfungspunkte, die uns ins Jahr 1946 und damit in die Vergangenheit führen würden. Die Anerkennung von Westminster, überbracht durch den Botschafter in Baltimore, ist sicherlich ein gutes Beispiel hierfür. Ich ziehe den Blick in die Zukunft vor. Als Präsident des Europäischen Parlaments sage ich Ihnen, Herr Präsident, und Ihnen, den Damen und Herren Abgeordneten, meinen Glückwunsch zu 40 Jahren erfolgreicher parlamentarischer demokratischer Entwicklung im jüngsten und zugleich größten Land der Bundesrepublik Deutschland. Dieser neue Landtag ist Beweis für den Rang, den das Land seiner parlamentarischen Vertre-



Sir Henry Plumb, Präsident des Europäischen Parlaments.

Foto: Schüler

terung einräumt. Er ist Forum der Offenheit und Transparenz und zugleich Zeichen gestärkten Selbstbewußtseins der Länder der Bundesrepublik Deutschland.

Meine Damen und Herren, der Landtag Nordrhein-Westfalen hat seinen Platz im Lande gefunden, nicht nur was Ort und Gebäude betrifft. Die Bürger des Landes schauen nach Düsseldorf, wenn es darum geht, Weichen für die Landespolitik zu stellen (und nicht nach Münster, Köln und Düsseldorf zugleich). Sie identifizieren sich mit den Institutionen des Landes und wissen sich durch ihr Parlament vertreten.

Gleiches gilt für Europa und sein Parlament bislang nicht. Die Medien berichten aus drei Orten, aus Brüssel, Straßburg und Luxemburg, was das Verständnis für dieses Europäische Parlament erschwert. Mein Grußwort an Sie sei deshalb diesem jüngsten unserer Parlamente gewidmet, seinem Platz im Gefüge der europäischen Institutionen,

seiner Rolle im Zuge der Einigung Europas und seinem Verhältnis zu nationalen Parlamenten.

Seit 1979 wird das Europäische Parlament von den Bürgern Europas direkt gewählt. Dies ist ein äußerst wichtiges politisches Faktum, dessen Bedeutung mit der Zeit noch zunehmen wird.

Die Einheitliche Europäische Akte, die am 1. Juli 1987 in Kraft getreten ist, bedeutet einen kleinen, aber bedeutsamen Schritt in Richtung auf die demokratische Legitimierung des Parlaments.

Allerdings ist sie nur ein schwacher Schatten des vom Parlament ursprünglich vorgeschlagenen großartigen Plans — des von Altiero Spinelli lancierten Entwurfs eines Vertrags über eine Europäische Union, der bislang der bedeutendste Vorschlag für eine Verfassung Europas war und ist. Für seine Verwirklichung kämpfen wir weiterhin.

Fortsetzung Seite 5

Pluralismus...

Fortsetzung Seite 3

hervorragendste demokratische Tugend anzusehen, als wichtigstes Wesenselement dieser Staatsform. Dies immer wieder und immer neu einzuüben, steht gerade uns Deutschen gut an, deren demokratische Tradition noch nicht weit reicht. Wer daher den Kompromiß, wie er sich aus dem Föderalismus der Bundesrepublik ergibt, diffamiert, der erweist unserem Staatswesen einen schlechten Dienst.

Für die Zukunft des Föderalismus sehe ich aber noch aus einem anderen Grund eine Chance. In jüngster Zeit machen immer mehr Menschen wieder die Neuentdeckung ihrer regionalen Verwurzelung. Das geht einher mit der zunehmenden Tendenz einer mehr individuellen Lebensgestaltung.

Selbst in unserem noch jungen „Bindestrichland“ Nordrhein-Westfalen stelle ich ein deutlich gewachsenes Landesbewußtsein fest. Dies gilt ebenso für andere Regionen der Bundesrepublik Deutschland — um so mehr für solche, die eine längere Geschichte haben als das Land Nordrhein-Westfalen. Historische Bindungen und Überlieferungen wirken hier lange nach.

Ähnliche Entwicklungen können wir auch in

anderen Teilen Europas beobachten: Das Bekenntnis zur regionalen Eigenständigkeit und Unabhängigkeit nimmt zu. Dieser Aufbruch in die landsmannschaftliche Vielfalt, in den regionalen Unterschied, steht jedoch im harten Gegensatz zur bürokratischen Vereinheitlichung Europas. Ein Votum also gegen das größere gemeinsame Europa?

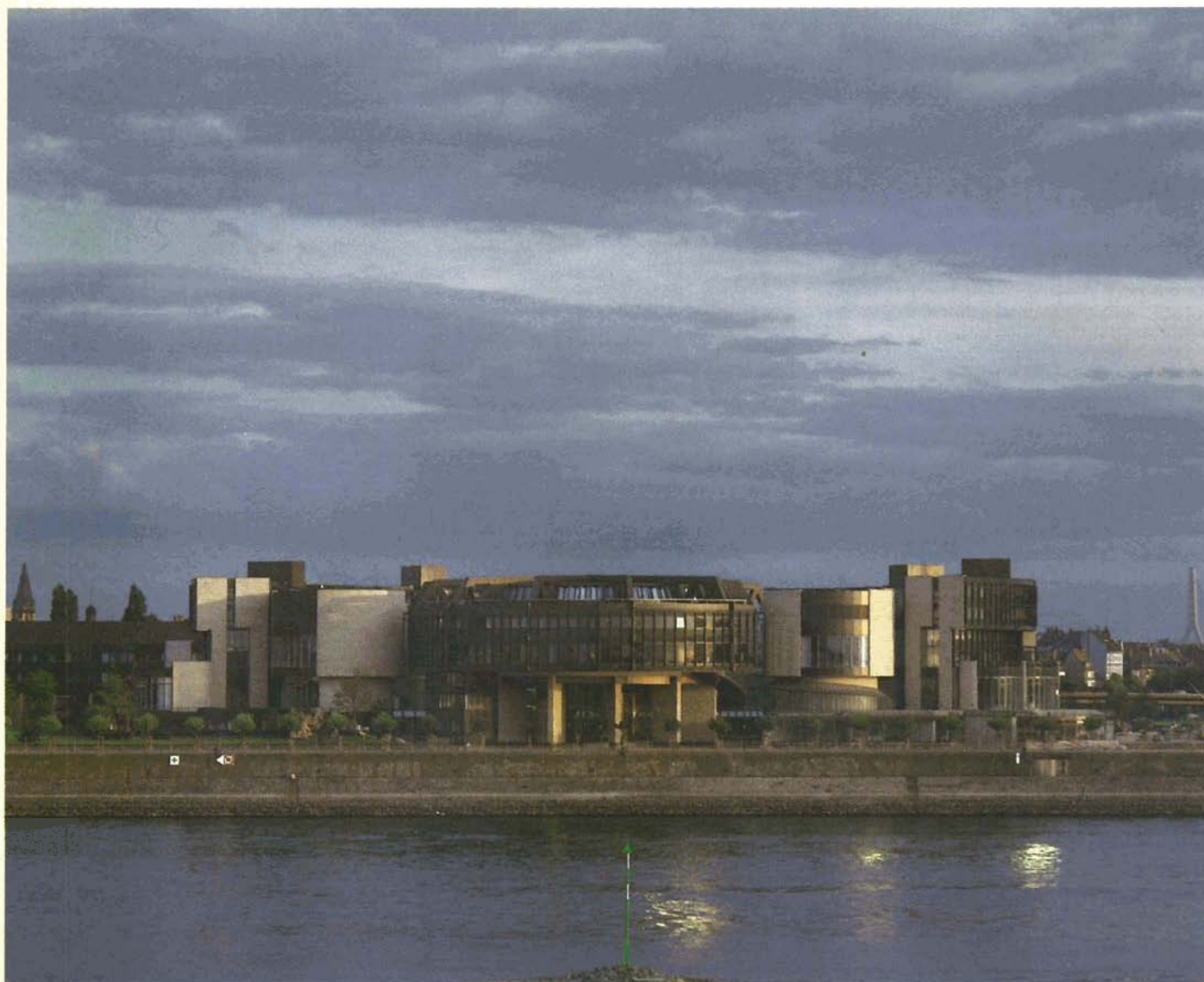
Der Philosoph Jürgen Habermas spricht von der „neuen Unübersichtlichkeit“ als Kennzeichen unserer Zeit. Ist es da noch überraschend, daß die Menschen Sehnsucht entwickeln nach der überblickbaren Größe, dem überschaubaren Raum, in denen sie sich wohlfühlen, in denen sie sich noch zurechtfinden? Die Skepsis gegenüber den großen, ja immer größer werdenden Einheiten, der schwerfälligen Bürokratie, gerade auch der von Brüssel, den unbeweglichen Tankern also, hat einen realen Hintergrund. Wir Politiker, die wir nun an der Schaffung eines größeren gemeinsamen Europas mitwirken und mitwirken wollen, dürfen daher über die Wünsche und Gefühle der Menschen nicht einfach hinweggehen. Nicht von ungefähr haben die Bundesländer, um der Gefahr weiterer Eingriffe in ihre Staatlichkeit durch die Übertragung von Hoheitsrechten auf die europäischen Gemeinschaften vorzubeugen, in dem Zustimmungsgesetz vom

19. Dezember 1986 ein sogenanntes Länderbeteiligungsverfahren in EG-Angelegenheiten durchsetzen können. Die nächsten Jahre werden zeigen, wie praktikabel diese neue Art von Föderalismus auf europäischer Ebene ist.

Dies steht jedoch nicht im Widerspruch zu dem größeren gemeinsamen Europa, das, wie ich glaube, alle wollen. Wenn aber europäische Befugnisse gestärkt werden sollen oder müssen, dann gebietet es die Demokratie, wie wir alle sie wohl verstehen, hier auf einen deutlichen Kompetenzzuwachs des Europäischen Parlaments zu dringen. Das sage ich nicht etwa aus Höflichkeit gegenüber unserem Ehrengast, dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, Lord Plumb. Dies ist vielmehr meine feste Überzeugung als Parlamentarier.

Um aber dabei unser Ziel, die Bewahrung oder sogar die Stärkung des Föderalismus, zu erreichen, ist nach meinem Dafürhalten auch ein größeres Selbstbewußtsein der Landesparlamente unabdingbar.

Doch nicht zuletzt diesem Zweck soll das neue Haus des Landtags in Düsseldorf dienen, das wir heute offiziell seiner Bestimmung übergeben. Ich wünsche uns und allen, die in diesem Haus zum Wohl unserer Bürger arbeiten, ein herzliches Glückauf.“



Monumental und massiv, gleichzeitig schwungvoll und transparent: Der neue Landtag, über den Rhein hinweg gesehen.

Foto: Fanslau

Der Landtag...

Fortsetzung von Seite 4

Eine gewisse Verlagerung der nationalen Souveränität ist im Rahmen des europäischen Integrationsprozesses unvermeidlich, doch eine Ausdehnung der Rechte und Befugnisse des Europäischen Parlaments bedeutet nicht zwangsläufig eine Abnahme der nationalen Zuständigkeiten. Denn wie wir alle wissen, gibt es eine große Grauzone, in der gegenwärtig die öffentlichen Interessen nicht durch eine direkt verantwortliche demokratische Institution vertreten sind. Es ist die Aufgabe des Europäischen Parlaments, dieses demokratische Defizit abzubauen.

Von allen Gemeinschaftsinstitutionen ist das Europäische Parlament in den nächsten Jahren hinsichtlich seiner Weiterentwicklung am meisten gefordert. Es ist jedoch schwierig, ohne den Widerpart einer erkennbaren Regierung eine parlamentarische Funktion auszuüben. Der Ministerrat ist trotz bester Absichten weiterhin die am wenigsten „gemeinschaftliche“ Institution der Gemeinschaft und außerdem ein unzuverlässiges Regierungsmodell. Wir müssen uns also um zwölf Regierungen kümmern, und dies ist keineswegs eine leichte Aufgabe.

Das Europäische Parlament hat 518 Mitglieder, die neun Fraktionen angehören, neun verschiedene Sprachen sprechen und 320 Millionen Menschen vertreten. Dieses Gefüge muß viele von Ihnen an den Turmbau zu Babel erinnern, und doch funktioniert es. Es funktioniert nach der Art eines echten Parlaments, mit allen zu erwartenden Frustrationen, Enttäuschungen, Erfolgen, feierlichen Erklärungen, Interessengruppen, hehren Zielen und heimlichen Absprachen. Es funktioniert, weil wir Volksvertreter sind. Mit anderen Worten, das Parlament funktioniert eben genau deshalb, weil es ein Parlament ist.

Das große Ziel, auf das wir alle hinarbeiten, ist die Vollendung des Binnenmarktes bis 1992. Über einen wirklich gemeinsamen Markt hinaus und abgesehen von der Harmonisierung vieler Gesetze und Normen, müssen wir jedoch unbedingt eine unendlich stärkere europäische Identität und ein europäisches Bewußtsein entwickeln.

Sie tragen einen Großteil der Verantwortung dafür, daß beides gelingt. Europäische Identität und europäisches Bewußtsein lassen sich nicht durch Verordnungen vorschreiben. Neben den notwendigen Fortschritten in Sachthemen müssen wir uns verstärkt den Auswirkungen unserer Tätigkeit auf die öffentliche Meinung widmen. Wir können

das Wohlwollen der europäischen Bürger nur mobilisieren, wenn wir die Vorteile der Gemeinschaft für alle transparent machen, wenn wir jedem einzelnen unserer Bürger klarmachen, daß die Anliegen Europas seine eigenen Anliegen sind, und daß die in Brüssel und Straßburg gefaßten Beschlüsse sich tatsächlich auf sein persönliches Leben auswirken. Um dies zu erreichen, müssen wir uns auf die Zusammenarbeit mit den nationalen und regionalen Parlamenten verlassen.

Für diese engere Kooperation und Verzahnung spricht außerdem der Umstand, daß künftig noch stärker als bisher gesetzgeberische Initiativen von Brüssel ausgehen werden und daß deshalb die Gesetzgebung in der Gemeinschaft, in Bonn und in Düsseldorf häufig denselben Gegenstand betreffen. Hinzu kommt, daß die Kontrolle der nationalen Regierungen und der Exekutive in Brüssel gewährleistet werden muß. Demokratiedefizite können wir uns in Europa auf lange Sicht nicht leisten.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, Ihre Einladung an den Präsidenten des Europäischen Parlaments, vor diesem Gremium zu sprechen, ist der lebendige Beweis für Ihre Bereitschaft zu der erforderlichen Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament. Ich danke Ihnen allen sehr.“

Bundestagspräsident Jenninger vor gleichen Problemen

Demokratie verlangt von Bauherr und Architekt unverwechselbare Formen des baulichen Ausdrucks

Der Präsident des Deutschen Bundestages, Dr. Philipp Jenninger, nimmt in seinem Festvortrag zur Aufgabenstellung öffentlichen Bauens Stellung, wobei nach seiner Auffassung die Demokratie bei Parlamentsbauten einen unverwechselbaren architektonischen Ausdruck verlangt. Wörtlich sagte der Präsident:

„Ich freue mich mit Ihnen, an der Einweihung des neuen Landtagsgebäudes teilnehmen zu können. Es ist — neben dem Landtag in Stuttgart und dem Haus der Bürgerschaft in Bremen — ein weiteres eigens für unsere Republik geplantes und vollendetes Parlamentsbauwerk. Die Bürger dieser Stadt und

Bauherrn handelt, sondern um 227 oder — wie im Falle des Bundestages — gar um 519, die mitreden wollen!

So groß die Vorteile einer solchen Vielzahl von Bauherren für das gründliche Abwägen des Für und Wider auch sind, so nachteilig wirkt sich dies doch manchmal auf die dafür aufzuwendende Zeit aus. Mehr als private Bauten vollziehen sich öffentliche Bauvorhaben unter den kritischen Augen der Öffentlichkeit. Das ist auch gar nicht weiter wunderbar, soll sich doch auch die Öffentlichkeit in diesen Bauten wiedererkennen. Und schließlich geht es dabei um des Steuerzahlers Geld, das dafür aufgewendet wird.

Kein privater Bauherr hat aber auch das Problem zu lösen, Demokratie in der Architektur

ser Tage ein Journalist in einem Artikel als Überschrift für dieses Gebäude gefunden hat, nämlich, daß es eine „würdige Bühne für die Demokratie“ geworden ist; und ich füge hinzu: Es ist auch ein beeindruckendes Symbol für die Selbständigkeit und Besonderheit unserer föderalistischen Struktur in der Bundesrepublik Deutschland.

Der stetig vorbeifließende Strom dokumentiert, daß auch in der Politik vieles im Flusse ist. Damit die Politiker des Landes Nordrhein-Westfalen in den vielfältigen Problemen jedoch nicht ertrinken, ist es nötig, daß sie von leicht erhöhter Warte eingreifen. Das neue Landtagsgebäude bietet alle Voraussetzungen, damit diese Aufgabe sinnvoll und verantwortungsbewußt wahrgenommen werden kann — und zwar unverkrampft und in einer Weise, die der aufgelockerten Formensprache dieses Bauwerks entspricht.

Eine „runde Sache“

Es gibt sicherlich nicht wenige Parlamentarier, die Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen aus Nordrhein-Westfalen, um diese in jeder Hinsicht „runde Sache“ beneiden werden. Am Vorabend des 40. Geburtstages unserer Republik zeugen Parlamentsneu- oder -umbauten, wie ich finde, auch von einem gewachsenen Selbstbewußtsein unserer Parlamente und Parlamentarier, das von den Bürgern unseres Staatswesens geteilt wird.

Die Parlamente sind das Herz der Demokratie, und der Plenarsaal ist das lebendige Zentrum unseres freiheitlichen demokratischen Staates. Nicht in der veröffentlichten Meinung und den Medien, nicht in der Exekutive, nicht in der Rechtsprechung, sondern hier in den Parlamenten ist der Ort, wo die kritische Auseinandersetzung um den besten Weg der Politik stattzufinden hat. Hier fallen die richtungweisenden politischen Entscheidungen. Hier wird aber auch um die Zustimmung der Bürger gerungen.

Viele Mitbürgerinnen und Mitbürger sehen deswegen im Plenarsaal den Mittelpunkt unserer Demokratie. Dies alles bliebe jedoch nur formales Beiwerk, wenn wir nicht auch fair und tolerant miteinander umgehen würden. Zu einer wahrhaft demokratischen Auffassung gehört eben auch das Wissen, daß man selbst irren kann. Deshalb gehört zur Demokratie die Tugend der Toleranz, der Respekt vor der Meinung und Überzeugung anderer und vor ihrem Recht, ihre Ansicht zu vertreten. Und natürlich der Wille zum Dialog mit dem Bürger, für den die Staatswissenschaften den einprägsamen Begriff von der „Parlamentsöffentlichkeit“ gefunden haben.

Mein Wunsch zu dieser Stunde ist, daß in diesem Hohen Hause immer der Geist der Freiheit, des Dialogs und des friedlichen Wettstreits um den besten Weg vorherrschen möge — zum Wohle des Landes Nordrhein-Westfalen und zum Wohle seiner Bürger. Dem neuen Landtagsgebäude wünsche ich eine glückliche Zukunft, den Volksvertretern dieses Landes und ihren Mitarbeitern eine erfüllte und erfüllende Arbeit, den Bürgern dieses Landes, daß sie dieses Gebäude annehmen und sich in ihm wiederfinden.“



Der Präsident des Deutschen Bundestages, Dr. Philipp Jenninger.

Foto: Schüler

dieses Bundeslandes und nicht zuletzt seine Parlamentarier können zu Recht stolz auf diesen Neubau sein, zu dem auch ich Sie namens der Mitglieder des Deutschen Bundestages von Herzen beglückwünschen möchte.

Ich mache keinen Hehl daraus, daß ich mit gemischten Gefühlen hier stehe. Denn nur wenige Kilometer stromaufwärts klafft auf der linken Rheinseite eine riesige Baulücke, die den Präsidenten des Deutschen Bundestages schon mehr als eine schlaflose Nacht gekostet hat und vermutlich weiterhin kostet.

Heute wollen wir aber nicht über den Bundestag, sondern über den Landtag von Nordrhein-Westfalen reden, wengleich sich gewisse Parallelen natürlich nicht übersehen lassen:

Muß sich bei privaten Bauvorhaben der Bauherr häufig mit den Architekten und den Bauausführenden herumärgern, so ist es bei öffentlichen Bauvorhaben eher umgekehrt — zumal, wenn es sich nicht nur um einen

abzubilden — mehr noch die schwierige Aufgabe, Demokratie als Prozeß darzustellen, in den wir alle verwoben sind und der den Architekten wie den Bauherren gleichermaßen spezifische und unverwechselbare Formen der Darstellung und des baulichen Ausdrucks abverlangt.

Wie ungemein schwierig sich die Umsetzung solcher Rahmenbedingungen und Wesensmerkmale gestaltet, weiß jeder der hier Versammelten nur allzu genau. Sie haben darauf hingewiesen, Herr Landtagspräsident, auch das neue Landtagsgebäude blieb von öffentlicher Kritik nicht verschont. Inzwischen ist in diesem Gebäude schon die Alltagsarbeit eingeleitet, und ich bin sicher, daß sich früh- oder vorzeitig erhobene Kritik bald in Lob, ja sogar in Stolz verwandeln wird. Schon heute läßt sich sicherlich sagen, daß das neue Gebäude des Landtags von Nordrhein-Westfalen der Stadt Düsseldorf von der Rheinseite her ein neues und unverwechselbares Gepräge gibt und daß seinen Schöpfern ein überzeugendes Bauwerk gelungen ist. Ich teile das Prädikat, das die-

Dr. Dieter Klink: „Mit Kraft und Mut ein würdiges Domizil geschaffen“

Immer wieder den Vorrang des Parlaments verdeutlichen

Als Präsident der Bremischen Bürgerschaft der Landtagspräsidentenkonferenz gratulierte Dr. Dieter Klink im Namen der Abgeordneten aller deutschen Landtage den Bürgerinnen und Bürgern des Landes Nordrhein-Westfalen zum neuen Haus ihrer Volksvertretung. „Die deutschen Landtage wünschen ihren Kolleginnen und Kollegen in NRW weiterhin erfolgreiche Arbeit für eine Zukunft in Frieden, Freiheit und sozialer Sicherheit.“

Dr. Dieter Klink fuhr fort: „Wir sind sicher, daß die neuen Voraussetzungen für Ihr künftiges Wirken Ihnen allen ein zusätzlicher Ansporn sind, Ihre Parlamentsdebatten so zu führen und die parlamentarischen Entscheidungen so zu treffen, daß diese Ihren Auftraggebern, den Wählerinnen und Wählern, in der Sprache verständlich sind, in der Sache bürgernah bleiben und schließlich auch wohlabgewogen und gerecht erscheinen, damit sich die Menschen mit der Arbeit ihrer Abgeordneten stets identifizieren können.

Den Wettstreit um den besten politischen Weg bestreiten Fraktionen als Teil des gesamten Parlaments. Nur wo die Teile durch Kompromißbereitschaft zum Ganzen streben, kann sich das Ganze überzeugend bilden und glaubwürdig darstellen.

Wir wünschen diesem Landtag, daß er vor den Bürgern eine anerkannte Stätte des freien Wortes und der praktizierten Toleranz bleibt, ein Ort der Begegnung und Verständigung, eine Heimstatt des freien Bürger sinns.

Die Einweihung des Parlamentsgebäudes hier in Düsseldorf gibt erneut Anlaß, auf die gewollte Vorrangigkeit des Parlaments in unserem Verfassungssystem hinzuweisen. Im Rahmen der Verfassung leiten Regierungsmitglieder ihr Mandat und ihren Auftrag von Entscheidungen des Landtages ab. Der Vorrang des Parlaments und seiner Mitglieder ist nicht nur in Feiertagsreden, sondern überall im politischen Alltag zu verdeutlichen. Dies ist eine Aufgabe nicht allein des Parlaments, sondern auch der Regierung und ihrer Mitglieder. Es hat wenig mit der Eitelkeit der Parlamentarier zu tun, aber viel mit dem richtigen demokratischen Verfassungsverständnis und mit dem gemeinsamen Willen, obrigkeitstaatliches Denken, das lange Tradition hat in unserer Republik, endgültig zu überwinden.

Nordrhein-Westfalen ist das bevölkerungsreichste und größte Bundesland unserer Republik. In unserer föderalen Ordnung ist dieses Land ein tragendes Element. An der Formung der Bundesrepublik hat dieses Parlament einen entscheidenden Anteil. Drei Jahre vor der Verkündung des Grundgesetzes bestand bereits Nordrhein-Westfalen. Es hat mit den übrigen Ländern zusammen und dank der in den Städten und Gemeinden geleisteten Vorbereitungen den demokratischen Rahmen geschaffen, der erst den weiteren

Weg zum Bundesstaat möglich machte. Wegen der besonderen Wirtschaftsstruktur gilt die Stimme dieses Landes als das soziale Gewissen unserer Republik. Diese Stimme hat Gewicht in Bonn und findet Gehör in allen Bundesländern. In der unverwechselbaren Mischung von sozialem und demokratischem Engagement ist Nordrhein-Westfalen zu einem unbestreitbaren politischen Stabilisator für die gesamte Republik geworden.

Die Abgeordneten der deutschen Landtage gratulieren dem Landtag Nordrhein-Westfalen für die Kraft und den Mut, sich dieses

würdige Domizil für die Vertretung des Volkssouveräns geschaffen zu haben.

Sicher, Düsseldorf ist nicht Bonn. Das muß man vielleicht manchen Besuchern sagen, die rheinaufwärts fahren und dieses imposante Haus schon als Sitz des Bundesparlaments ansehen. Von der Größe und von der Gestalt her könnte dieses Gebäude durchaus diesen Platz einnehmen. Es spricht für das Selbstbewußtsein und die Souveränität der Schöpfer dieses Hauses, daß sie dem Landtag von Nordrhein-Westfalen ein so großartiges Projekt verwirklicht haben. Herzlichen Glückwunschl“



Dr. Dieter Klink, Präsident der Bremischen Bürgerschaft.



Dr. h. c. Johannes Rau, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen.

Fotos: Schüler

Architektur soll richtungweisend für Ziel und Sinn der Politik sein

Einen Rückblick auf die geleistete politische Arbeit und die Arbeitsbedingungen im alten Ständehaus tat Ministerpräsident Dr. h. c. Johannes Rau in seiner Rede zum Abschluß der Feierstunde: Der Umzug sei kein „Abschütteln“, sondern man blicke mit innerer Bewegung auf dieses jetzt beendete Kapitel Landesgeschichte.

Der Ministerpräsident begann: „Soeben hat uns der Herr Landtagspräsident an den 2. Oktober vor zwei Jahren erinnert, als wir das 40jährige Bestehen Nordrhein-Westfalens und den ersten Zusammentritt des Landtags in der Oper miteinander gefeiert haben. Mit gleichen Gefühlen, mit Stolz, Freude und Genugtuung, wollen wir heute — und damit meine ich die Bürger, denen unsere Arbeit dient — das neue

Haus des Parlaments seiner Bestimmung übergeben.

Schon viele haben öffentlich festgestellt, daß hier ein architektonisch anspruchsvolles, ein würdiges und gewiß auch ein repräsentatives Haus entstanden ist. Wie oft haben wir in den letzten Jahren Arbeitsbedingungen vermissen müssen, die auch durch Renovierungen nicht nachzuschaffen waren, und wie oft sind die jeweils Dienstälteren unter uns auf die jeweils übernächste Wahlperiode verwiesen und vertröstet worden.

Jetzt haben wir insgesamt als Abgeordnete und als die, die hier Dienst tun, freundliche Arbeitsbedingungen und die Chance, noch verbleibende Unzulänglichkeiten nicht immer bloß aufzulisten, sondern sie zu entdecken und zu beheben.

Die Erinnerung an drei Jahrzehnte Ständehaus und dieser Eindruck einer großen neuen Chance bewegen mich, wenn ich in dieser Feierstunde die Grüße der Landesregierung und ihre guten Wünsche für eine dem Wohl unseres Landes verpflichtete zukunftsgerichtete Arbeit des Parlaments einbringe. Das ist der Wunsch: Der architektonische Ausdruck dieses Hauses, seine Öffnung zur Stadt und zur Landschaft sollen auch richtungweisend für Inhalt, Ziel und Sinn der Politik sein, nämlich nicht über die Köpfe hinweg über die Wünsche und Sorgen der Bürger hinweg zu denken, zu reden und zu entscheiden, sondern mit ihnen auf Tuchfühlung zu bleiben, ihre Probleme aufzunehmen und sie in dieses Haus einzuladen — gewiß mit Mithören, aber auch in dem Willen, den demokratischen Souverän an diesem Ort sichtbar zu machen.

Ich glaube, wir haben in solchem Sinn Anlaß zu Freude und Zuversicht. Viele unter uns erinnern sich an diesem Tage wie ich an Jahre und Jahrzehnte beengter und dennoch vielfach fruchtbarer Arbeit im alten Ständehaus am Kaiserteich. Und im Gedächtnis bleiben hoffentlich nicht nur die sogenannten Redeschlachten — was für ein merkwürdiges Wort! —, die leidenschaftlichen Auseinandersetzungen über den besseren politischen Weg für meist gemeinsame Ziele. Es bleibt hoffentlich auch in Erinnerung die große Zahl der Stunden, in denen die öffentlichen Dispute sachlich und fachlich vorbereitet worden sind. Und es wird im Gedächtnis bleiben, daß es neben den legitimen politischen Kontrasten auch — und wiederum hundertfach — verständnisvolle und freundschaftliche Begegnungen gab, sei es im stillen oder sei es bei freundlichen und fröhlichen Anlässen.

So ist der Umzug kein Abschütteln, sondern wir blicken mit innerer Bewegung auf dieses jetzt beendete Kapitel Landtagsgeschichte, ja Landesgeschichte im Ständehaus zurück. Aber wichtiger ist der Blick nach vorn.

Da denke ich, daß im Bewußtsein des in mehr als vier Jahrzehnten politisch Erreichten Grund und Grundlage gegeben sind, daß wir uns selbstbewußt und hoffnungsvoll auf den Weg machen. Unsere politische Ordnung — das unterscheidet uns von der Weimarer Republik — ist stabil. Sie hat sich mannigfachen Herausforderungen gewachsen gezeigt. Über viele sachliche und ernstzunehmende Streitfragen hinaus gab und gibt es sozialen Konsens in wichtigen politischen Grundsatzfragen. Die große Mehrheit unserer Bürger hat dieses junge Bundesland von Herzen angenommen, nicht bloß als Wohnort, sondern als Zuhause, nicht nur als regionalen Begriff, sondern als politische Heimat, wohl wissend, daß Politik und Landespolitik zumal sie nicht von allen Lasten, Sorgen und Beschwerden befreien kann. Zusammengehörigkeitsgefühl ist entstanden, Mitdenken und Mitverantwortung sind ständig gewachsen.

Problembewußtsein macht ja nicht halt an Gemeinde- oder Kreisgrenzen. Und so ist jenseits aller wirtschaftlichen oder sozialen Detailprobleme die Sache des Stadtteils Rheinhausen zur Sache aller Nachdenklichen in unserem Lande geworden, so unterschiedliche Ergebnisse dieses Nachdenkens auch gehabt und gezeigt haben mag. Umweltsorgen, Zukunftsfragen der Kohlegewinnung sind längst nicht mehr Revierfragen oder bloß lokaler Gesprächsstoff. Ohne Zweifel ist aus Studienorten eine Hochschullandschaft, aus Forschungszentren ein Forschungsland, aus Städten mit Kulturangebot eine Kulturlandschaft entstanden. Wir spüren, ein neues Museum in Köln oder ein neues Theater in Essen sind städtische Kulturangebote, aber zugleich Einladungen an alle Interessierten im Lande.

Unter diesem Aspekt erscheint es mir angebracht, manche Kritik und Besserwisseri einmal an die Fülle unseres Kulturangebots und an all das zu erinnern, was allein in den letzten fünf Jahren an wichtigen Neubauten in unseren Städten zur Bereicherung dieser Kulturlandschaft erstellt worden ist. Wer immer nur von den gewiß nicht zu leugnenden Sparzwängen, von Kulturdefiziten redet, wer die sichtbaren kulturpolitischen Anstrengungen kaum zur Kenntnis nimmt, der muß mit Einäugigkeit geplagt sein. Ich sage also: Auch unsere Kulturlandschaft ist gewachsen und zusammengewachsen.

Wir sollten uns vergewissern, aus solchem Zusam-

400 Repräsentanten

Auch Bürger beim Festakt

Rund 400 Repräsentanten des öffentlichen Lebens haben an der offiziellen Eröffnung des neuen Landtags Nordrhein-Westfalen am 2. Oktober teilgenommen. Der Festakt am vergangenen Sonntag fand auf den Tag 42 Jahre nach der Konstituierung des ersten ernannten Landtages durch die Briten und zehn Jahre nach dem Beschluß über den Bau eines neuen Landtags durch das Parlament der 8. Wahlperiode statt. An der Feierstunde nahmen auch 150 von den Fraktionen des Landtags benannte Bürgerinnen und Bürger teil. Dem Festakt wohnten neben den Sprechern Bundesratspräsident Dr. Bernhard Vogel, der Vorsitzende des tschechischen Nationalrats, Professor Josef Kempný, der Vizepräsident des Parlaments der Sozialistischen Föderativen Republik Serbien, Krsta Avramović und der Präsident des katalanischen Parlaments, Joaquim Xicoy i Bassegoda, bei. Auch der ehemalige Landtagspräsident John van Nes Ziegler sowie der ehemalige nordrhein-westfälische Ministerpräsident Heinz Kühn nahmen teil. Während des Festaktes spielte das Landesjugendkammerorchester Nordrhein-Westfalen Werke von Georg Friedrich Händel, Jürg Baur und Wolfgang Amadeus Mozart. Die floristische Ausgestaltung oblag Schülerinnen und Schülern der Gertrud-Bäumer-Schule Düsseldorf.

menwachsen und an solcher Gemeinsamkeit hat Politik großen Anteil, aber natürlich auch die kritische Wegbegleitung und die Kommentierung durch viele Medien. Ich möchte das mit Dank feststellen und uns alle, in welcher Weise wir auch miteinander ringen, dazu aufrufen, über legitime Wahlkreisvertretung hinaus auch künftig gemeinsam auf dieses Ziel der Integration durch Anteilnahme aller an Problemen und Fortschritten des ganzen Landes hinzuwirken. Lassen Sie uns auch und gerade im Blick nach vorn darin übereinstimmen, daß die Vielfalt dieses Landes, die Mannigfaltigkeit seiner Natur und Kultur nicht nur das einigende Band der Politik brauchen, sondern auch das weit ausgreifende Interesse der Politiker am Wohlergehen des gesamten Landes. Meine Damen und Herren, dieses neue Haus steht am Rhein, jenem großen und geschichtsträchtigen europäischen Strom, von dem wir so gern sagen, er solle Menschen nicht trennen, sondern verbinden. Der Rhein kann uns vielleicht auch an zwei unserer wichtigsten Zukunftsaufgaben erinnern. Ich meine damit das Hineinwachsen unseres Landes in die Europäische Gemeinschaft und ihren für 1992 geplanten Binnenmarkt. Ich denke aber auch an diese zentrale politische Aufgabe, unser Land vor Umweltgefahren und Umweltschäden zu bewahren. Da ist der Schutz unserer Flüsse und Gewässer nur ein Beispiel, aber ein wichtiges.

Es gilt, mit aller Kraft für eine Lebens-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu arbeiten, die das Unmaß der von Menschen und ihren Werken verursachten Naturbeschädigung Stück für Stück heilt und die Vorsorge trifft, daß künftig Erde, Wasser und Luft nur so in Anspruch genommen werden, daß sie nicht auf Dauer selbst krank werden oder uns krank machen. Da werden wir einen langen und oft unbequemen gemeinsamen Weg gehen müssen. Dabei werden wir das Bewußtsein von Zusammengehörigkeit, von gemeinsamer Sorge und von gemeinsam zu tragenden Lasten brauchen.

Wir können den Weg zurück ins vorindustrielle Zeitalter nicht einschlagen, sondern es gilt, durch Forschung und Nutzung aller geistigen und technischen Ressourcen die Instrumente und die Voraussetzungen zu schaffen, mit denen unsere Umwelt von Gewalt und Schaden befreit und lebensfähig erhalten werden kann.

Dieses Land ist führend in der Umweltechnologie. Wir wissen das. Darauf wollen wir auch unsere politischen Entwürfe gründen, die ökonomische und die

ökologische Erneuerung unseres Landes. Das industrielle und das technische Potential Nordrhein-Westfalens, aber auch die unbestrittenen Qualitäten unserer Wissenschaftler, unserer Facharbeiterschaft und der Unternehmensführungen sind Garantien für unsere Zuversicht.

Der notwendige, der in vollem Gang befindliche, der immer schneller werdende Strukturwandel unseres Landes wird gelingen. Wir haben jetzt die Voraussetzungen für ein kreatives und erfolgreiches Mitwirken im europäischen Binnenmarkt zu schaffen.

Im vergangenen Jahr hatte Nordrhein-Westfalen einen Anteil von fast sieben Prozent am Bruttoinlandsprodukt der gesamten Europäischen Gemeinschaft. 44 Millionen Bürger der EG leben im Umkreis von 200 Kilometern rund um Düsseldorf, jeder siebte. Neben allem anderen bedeutet das auch: Wir sind bereit zum Mitreden und zum Mitwirken, wir wollen unsere Chancen nutzen.

Aber im Blick auf das Jahr 1992 möchte ich auch sagen: Das hohe Lied der Wettbewerbskräfte und des erstrebten wirtschaftlichen Wachstums nach Aufhebung der Grenzen in Europa darf nicht die einzige Melodie sein, die gesungen wird, so wohl sie manchem auch klingen mag. Die Zustimmung der Völker, die weniger europamüde erscheinen als manche Politiker, die auf ihre eigenen gesellschaftspolitischen Träume fixiert sind, wird auch davon abhängen, ob die Gemeinschaft Überzeugendes fertigbringt, die Arbeitslosigkeit mit derzeit fast zwölf Prozent in Europa zu bekämpfen, um bessere allgemeinverbindliche Regelungen zum Schutz der Umwelt durchzusetzen und um in Fragen gesellschaftlicher und betrieblicher Mitbestimmung voranzukommen.

Partizipation, also Teilhabe, ist ein großes und nicht nur symbolträchtiges Wort. Partnerschaft der Völker indes muß, und zwar gewiß nicht nur aus deutscher Sicht, durch verantwortliche Partnerschaft der gesellschaftlichen Gruppen ergänzt werden. Ich denke, jenseits aller parteipolitischen Differenzen sind wir in Nordrhein-Westfalen wie in der Bundesrepublik Deutschland bereit zum wirtschaftlichen Wettbewerb, aber nicht bereit, unsere soziale Ordnung zugunsten einer robusten, nur an Auslese orientierten Politik des sozialen Abräumens aufs Spiel zu setzen.

Wir sollten auch im Europa ohne Grenzen bedenken, was Jacques Delors, der Präsident der Kommission, im Mai dieses Jahres gesagt hat: „Bisher hat es sich immer gezeigt, — so Jacques Delors — daß, von wenigen Bereichen abgesehen, diejenigen Länder am besten im Wettbewerb bestehen, die in sozialer Hinsicht am weitesten fortgeschritten sind und die ihren Arbeitnehmern das höchste Maß an Beteiligung am Produktionsprozeß gewähren.“

Wenn wir hier in Nordrhein-Westfalen für Interessen der Menschen, für ihre Gesundheit, für ihre Mitwirkungsrechte, für europaweiten Umweltschutz eintreten, dann wollen wir nicht die europäische Entwicklung bremsen, sondern uns geht es um eine Gemeinschaft selbstbestimmter und entscheidungsfreudiger Bürger. Das ist mehr als ein Europa der florierenden Großkonzerne.

Wir wissen, das Europa der Bürger darf und kann kein uniformes Europa sein. Deshalb widerspricht unser grundgesetzlich verbürgter Föderalismus nicht der europäischen Einigung, die sich ihrerseits ja auch nach einem föderativen Modell verwirklicht. Lassen Sie uns also mit Freude und Hoffnung für ein einiges, vielgestaltiges und sozialer Gerechtigkeit verpflichtetes Europa arbeiten. Und lassen Sie uns in diesem schönen funktionstüchtigen und dem Bürger zugewandten Haus unsere Arbeit im Bewußtsein dessen fortsetzen, was wir unserem Souverän, dem Volk Nordrhein-Westfalens, schuldig sind: als seine auf Zeit gewählten Vertreter, als Beauftragte der Bürger Verantwortung für das Gemeinwohl und für die Lebensbedingungen von 17 Millionen Menschen zu übernehmen.

Vielleicht ist es utopisch, zu wünschen, daß sich Demokratie von der Regierungsform zur Lebensform entwickelt. Aber daß Demokratie lebendig und bürgernah bleibt, daß sie neue Glaubwürdigkeit gewinnt, das wollen wir als unseren Auftrag verstehen, hier im Parlament wie überall, wo wir sprechen, diskutieren und entscheiden.

Ich grüße Sie alle, Glück auf und Gottes Segen!“

Transparenz im Zahlenwerk – Daten zum neuen Gebäude

Das Objekt und seine Kosten

■ Grundstück

Grundstücksgröße	30 064 m ²
Bebaute Fläche	10 630 m ²

■ Gebäude

Größte Breite	105 m
Größte Länge	195 m
Höhe (6 Ebenen)	21 m
Hauptnutzfläche (Büros usw.)	19 233 m ²
Nebennutzfläche (WC's, Technik)	2 207 m ²

Funktionsflächen (Schächte usw.)	7 041 m ²
Verkehrsflächen	39 806 m ²
Umbauter Raum	347 768 m ³

■ Räume

Büroräume	507
Sitzungs- und Besprechungsräume	35

■ Plenarsaal

Größe	725 m ²
Durchmesser	30 m
Platz für	299 Personen

■ Zuschauertribüne

Größe	413 m ²
Platz für	336 Personen

■ Parkplätze

a) Landtag	450 Stellplätze
b) Ministerien	450 Stellplätze

■ Rohbaukosten

77 836 330 DM

■ Gesamtkosten

280 Millionen DM



Herz und Kern des neuen Parlamentsgebäudes: Der kreisrunde Plenarsaal.

Foto: van Treeck

Mehrkosten auch durch Erhöhung der Mehrwertsteuer

Die Bürger des Landes haben Anspruch darauf, zu erfahren, warum ihr neues Parlamentsgebäude teurer geworden ist als ursprünglich geplant. Deshalb hier eine Aufstellung, die ebenfalls dem Grundsatz innerer Transparenz dienen soll: Die Mehrkosten

belaufen sich auf rund 81,4 Millionen DM. Der größte Posten entfällt auf den Index einschließlich der Mehrwertsteuererhöhung, nämlich 24,4 Millionen DM. Hinzu kommen 19,5 Millionen zur Verbesserung der Baustanz. Für Nachrüstungen und Gutachten zur Folgekostendämpfung sowie zur Vermeidung von Fehlplanungen, u. a. zur Energieoptimierung und Dachabdichtung, wurden 12 Millionen DM benötigt. Durch Nachrüstungsbeschlüsse des Landtags, u. a. über den vierten Fraktionsaal, das Kommunikationssystem, aber auch Ein-

bauten, wurden weitere 8,8 Millionen an zusätzlichen Kosten registriert. Die Folgekosten des Konkurses der Fassadenbaufirma mußten mit 8,5 Millionen DM aufgefangen werden.

Die Mehrkosten durch Auflagen der Aufsichtsbehörden während des Baufortschritts zum Brandschutz und zur Lüftung machten 6,1 Millionen DM aus. Schließlich mußte mit zusätzlichen 2,1 Millionen DM die Außenanlage des Landtags in der Umfeldgestaltung mit dem Düsseldorfer Rheinpark-Konzept abgestimmt werden.

Landtagsneubau: Die Ingenieure sind stolz auf viele Details

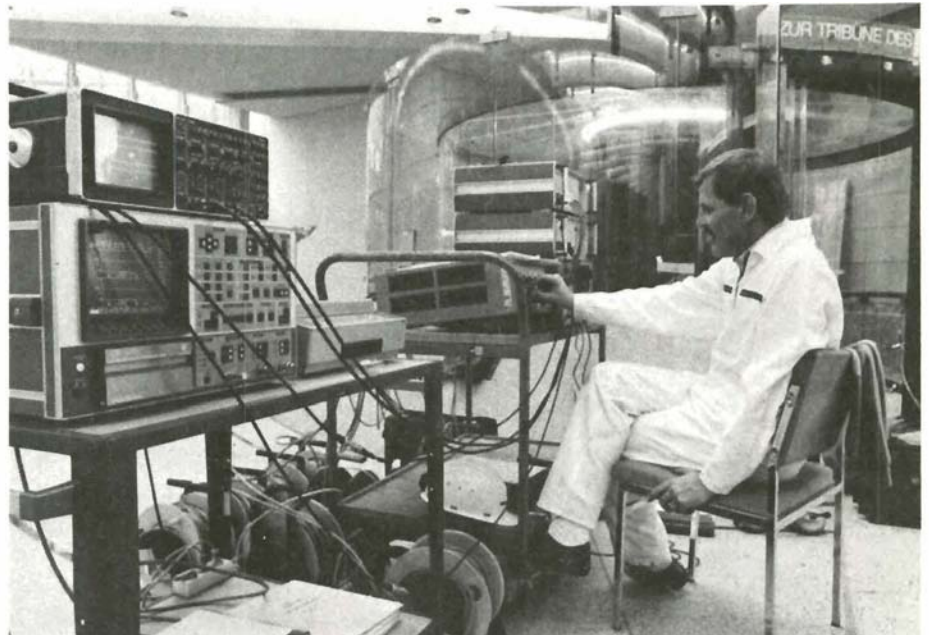
Quell-Lüftung – Spaghetti-Heizkörper – Eisspeicher

Die ersten Sitzungswochen im Landtagsneubau sind vorüber, der Staatsakt mit feierlicher Eröffnung hat stattgefunden. Mit einem Wochenende der „Offenen Tür“ am 7./8. Oktober schließt die Umzugsperiode ab, und der Alltag zieht ein. Die Arbeit der Ingenieure und Handwerker, dargestellt in einem Aufsatzband, der in Kürze erscheint, ist beendet. Nachstehend einige interessante Details, mit denen sich Konstrukteure und Hersteller beschäftigten.

Die Vorgaben des Bauherrn an die Planer und Erbauer waren anspruchsvoll. Durchschaubar und bürgerfreundlich sollte das neue Haus werden, den Charakter sowohl eines Debatten- als auch eines Arbeitsparlaments widerspiegeln, kurze Wege ermöglichen und, darin waren sich die Fraktionen einig, die Sitzordnung an allen Versammlungsorten sollte rund und eben sein: Gleichberechtigung in der politischen Kommunikation.

Das bedeutete für die Planung: viel Glas, viel Rund (s. a. Landtag intern Nr. 10/88). Für die Ingenieure folgten daraus zahlreiche Sonderprobleme, auf deren Lösung sie heute stolz sind. Nicht ohne Neidgefühle blickt man auch aus Bonn auf den fertigen Parlamentsbau, der dem Bundestag so gar nicht gelingen will.

An einem Bau, an dem praktisch nichts gerade, sondern alles rund ist, dessen Grundriß sich aus einigen Dutzend Kreisen, Kreisbögen, -segmenten und -abschnitten zusammensetzt, hört die Routine der Ver-



Verzögerungsprüfung bei voller Belastung des Besucheraufzugs durch einen TÜV-Ingenieur

messungsingenieure auf. Sie mußten „all ihren Witz aufbringen“, um die vielen Gewerke mit unterschiedlichen Anforderungen und selbstbestimmten Toleranzen zu einem gelungenen Ganzen zu führen: „Die Millimeter beim Schlosser werden beim Betongießer schnell zu mehreren Zentime-

tern“, wußten sie und errichteten mit mehr als 900 Meßpunkten ein Gedankengebäude, das die Geometrie und Trigonometrie des späteren Bauwerks vorausberechnete.

„Es hat alles gepaßt“, stellten sie nicht nur bei den Fraktionssälen fest, die als zylindrische Betontürme von 20 Metern Durchmesser und etwa 10 Metern Höhe einer geeigneten Dachkonstruktion aus Stahl und Glas Halt zu geben haben. Mit Hilfe der Mikroelektronik wurde die Kurve, in der sich Wand und Dach schneiden, eine Ellipse, ermittelt.

Begeisterte Kommentare ...

Der landespolitische Hochbetrieb nach der Sommerpause wurde begleitet von begeisterten Kommentaren über den modernsten Parlamentsbau Deutschlands, aber auch von Nachwehen aus der Bau- und Umzugsphase.

Während sich die heimische Presse, an kontinuierliche Bauberichterstattung gewöhnt, in diesen Wochen eher mit den „Kinderkrankheiten“ am Neubau befaßte, beschrieben die überregionalen Medien den neuen Landtag bewundernd, ja fast überschwänglich als interessanten Versuch von „Demokratie als Bauherr“. Da war die Rede von „Glasnost am Rhein“, vom architektonischen Symbol für ein offenes, demokratisches Staatswesen, von einladendem Bau trotz Monumentalität, vom Spiel mit Kreisen und Segmenten, von Fluß und Rhythmus der Raumanordnung, von Helligkeit und Weite des Blicks.

Der kreisrunde Plenarsaal wurde als Kunstwerk eigener Art bezeichnet, seine sachlich-freundliche, warme Atmosphäre gelobt. Ästhetisch gelungen, nobel, nicht protzig sei die gesamte Innenarchitektur. Edle und natürliche Materialien seien verwendet worden, farblich aufeinander abgestimmt. Der Aufgang zum Plenarsaal

sei das schönste Treppenbauwerk im Nachkriegsdeutschland.

Kritische Anmerkungen über die Opfer, die dem Rund-Entwurf gebracht werden mußten, blieben nicht aus. Aber die Kritiker wurden von diesem Bau auch zu vielfältiger Symbolik angeregt: Das „gewaltige Räderwerk“ des Baus, das eher zerhackt aussehe statt wie „eine sich öffnende Blüte“, gleiche der „neuen Unübersichtlichkeit“, entspreche dem „postmodernen Gemüt, dem Einheit und Ganzheit nicht mehr gelingt“. Der Plenarsaal sei der Fixstern im Politikosmos, um den die Fraktionsäle wie Satelliten angeordnet seien. Die Besucher würden ebenerdig und gleichberechtigt wie mündige Staatsbürger empfangen. Der Besucheraufzug sei „ein wanderndes Auge“, das „die Parlamentarier bei ihren Lobbyistenkontakten den Argusaugen des Souveräns“ aussetze.

Gemäß Parteitradition blicke die SPD von ihrem Fraktionsaal aus auf die Stadt, die CDU dagegen auf „ein ländliches Idyll“ (Hafen und Rheinufer). Und schließlich: Die natürlich alternden Materialien wie Sandstein, Kupfer, Messing würden mit der Zeit ihren Glanz verlieren wie manche politische Idee.

Sächsischer Sandstein

„Mit der 1985 fertiggestellten Semper-Oper in Dresden gehört der Landtag zu den schönsten Bauten der neueren Zeit in **Cottaer Sandstein**“, meinen die mit der Mauergestaltung beauftragten Firmen und halten die Verarbeitung für einen gelungenen Beitrag zur deutsch-deutschen Zusammenarbeit. Besonders technisches Know-how sei für die Herstellung der abgerundeten Steinplatten an den Rundtürmen und im Plenarsaal und für die massiven Hakensteine an den Gebäudeecken erforderlich gewesen. Stark armierte Betonteile mit Sonderkonstruktionen aus Edelstahl geben dem Naturstein den nötigen Halt.

Spaghetti-Heizkörper

Auch bei der **Heizungstechnik** gab es durch die vorgegebenen runden Formen besondere Probleme. Heizflächen sollten zudem nach dem Wunsch der Architekten so unauffällig wie möglich eingefügt werden. Fast alle Heizkörper sind Sonderanfertigungen: nach innen und außen gebogene Platten, Decken-Heizkörper mit Konvektionsteil, soge-

nannte „Spaghetti-Heizkörper“ (70 Millimeter breit und bis zu 4 Metern hoch) an den Fensterpfosten hoher verglaste Räume. Die Wärme wird per Fernheizung eingeleitet. Fünf Speicher mit einem Gesamtvolumen von 30 000 Litern sorgen in der Übergabestation für ausreichende Wärme in Spitzenzeiten und senken gleichzeitig die Kosten für Anschlußleitungen. Übrigens muß auch Kälte erzeugt werden. Dies geschieht beim Landtagsneubau nachts aus Gründen der Stromersparnis. Die im Landtag installierte Anlage kann in jeder Nacht bis zu 50 000 Kilogramm Eis erzeugen und längere Zeit speichern.

Quell-Lüftung im Doppelboden

Die den Bauherren begleitende Baukommission des Landtags hatte sich nach reiflicher Überlegung gegen die Vollklimatisierung des Neubaus entschieden. Nur der Plenarsaal, die Sitzungssäle und einige Sonderbereiche sind klimatisiert. Neben der Temperatur- und Feuchtigkeitsregulierung ist die zugfreie Belüftung das Hauptproblem. Raumströmungsversuche im Labor ergaben für runde Räume, daß eine Düsenströmung Klagen über Zug nach sich ziehen würden. Daher wurde „Quell-Lüftung“ installiert: Die auf 22 Grad erwärmte Luft wird unterhalb des aufgeständerten Doppelbodens in den Raum eingeblasen. Der Boden besteht aus perforierten Blechplatten, die mit luftdurchlässigem Veloursteppich belegt wurden.

Die raumhohe Verglasung verursachte weiteren Aufwand der Klimatechnik. Die Isolation wurde verbessert. Absaugfenster zusätzlich zur Heizung der Fensterpfosten saugen einen Teilluftstrom aus dem Raum zwischen den Scheiben ab, so daß deren Innentemperatur erhöht und der Kaltluftabfall minimiert wird. Außerdem wird unbehagliche Wärmeabstrahlung zum Fenster vermieden. Alles in allem, so die Techniker, sei es die beste derzeit denkbare Art der Raumklimatisierung. Wohltemperierten Sitzungen werde nichts im Wege stehen.

Neue Gesprächskultur

Der runde Raum als ideale Form für demokratische Versammlungen hat Tradition bis in die Zeit der Naturvölker, aber auch Nachteile hinsichtlich der Akustik. Dem Wesen des Parlamentarismus entspricht die Diskussion mehr als die Entscheidung. Diskussion, das bedeutet Wort und Widerwort, also Reden und Zuhören. Im Neubau wurde „richtungsorientiertes Hören“ mit Hilfe von Elektroakustik ermöglicht. Messungen der Nachhallzeiten im Plenarsaal brachten zufriedenstellende Ergebnisse. In den Sitzungssälen wurden, um die Schallreflexion zu zerstreuen, kritische Flächen wie die Fenster gefaltet angeordnet.

Auch an die Beleuchtung wurden besondere Anforderungen gestellt. Möglichst viel Tageslicht sollte es geben, aber auch Farbfernsehaufnahmen sollten möglich sein. Weder durch Sonne noch durch künstliches Licht sollten die Abgeordneten geblendet werden. Im Plenarsaal strahlen nun 180 Lichtfluter die Decken an, wo durch annähernd Tageslichteinfall erreicht wird. Alle Beleuchtungskörper, auch die Kombination aus Lichtrohren, die unterschiedlichen Deckenkassetten angepaßt werden können, und

Aufbaustrahlern in der Eingangshalle, hatten sich den Ansprüchen der Innenarchitekten zu beugen.

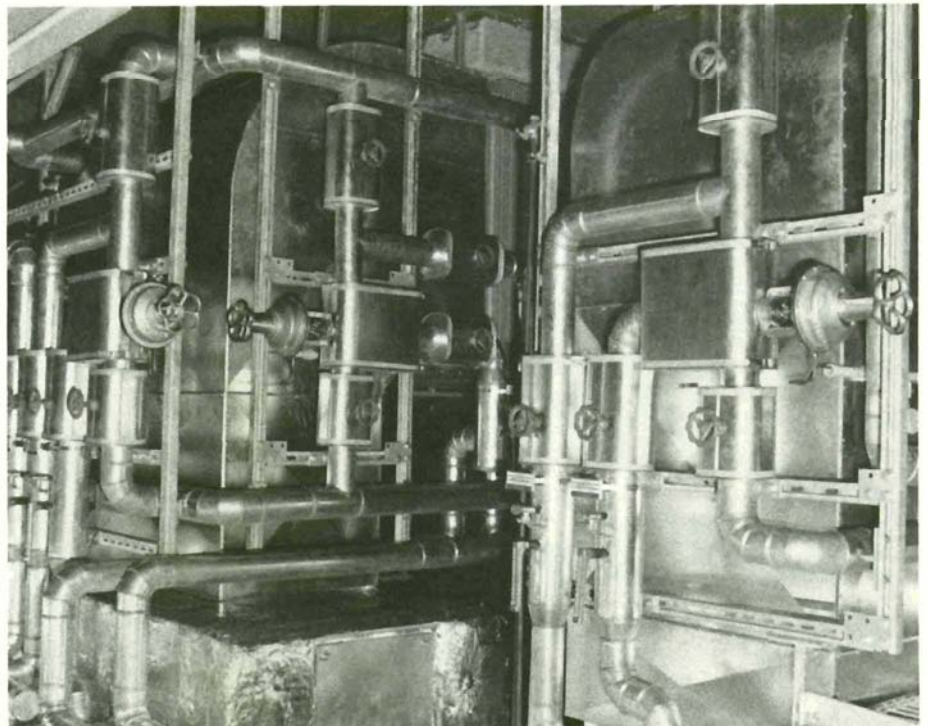
Jahrhundertwerk

Die rundum verglaste Panorama-Aufzugskabine für die Landtagsbesucher gilt als besondere Attraktion. Um dem Benutzer während der Fahrt die Rundum-Sicht zu ermöglichen, habe man, so die Konstruktionsbeschreibung, auf umschließende Schächte verzichtet und die Aufzugskabine großflächig verglast. Wegen ihres Fassungsvermögens (53 Personen), wegen der runden Glastüren mit unsichtbarer Steuerung,

den insgesamt zehn Aufzugsanlagen im Neubau mußten hydraulische Triebwerke installiert werden, um die Dachaufsicht vom Fernmeldeturm aus nicht zu beeinträchtigen.

Das schienengebundene System der Aktentransportanlage ist im stark gegliederten Neubau eine weitere Besonderheit. Die gesamte Trasse ist einen Kilometer lang. 40 selbstfahrende Behälter können je 10 Kilo Akten transportieren und über 61 Weichen 16 Stationen erreichen.

Für ein modernes Kommunikationssystem sind im Landtagsneubau die technischen Voraussetzungen vorhanden. Alle Büros



Teilansicht zweier Klimaanlagen in der Dachtechnikzentrale über dem SPD-Fraktionssaal; von hier aus werden der Fraktionssaal, das Foyer und die klimatisierten Sitzungssäle 5 bis 12 sowie Besprechungsräume im SPD-Bereich versorgt. Im Dachbereich sind drei, im Keller weitere drei Technikzentralen installiert.

Fotos: Schüler

des Gleitens der Kabine an einer mittig angeordneten Säule und wegen der technischen Daten sprechen die Hersteller von einem „Jahrhundertwerk“. Zwei weitere Aufzüge haben runde Grundrisse. Bei sechs von

sind an ein lokales Netz angeschlossen, das mit dem öffentlichen Telekommunikationssystem verknüpft werden kann. Der totale Zugriff auf internes und externes Datenmaterial ist zwar noch Zukunftsmusik. Aber die schrittweise Integration ist im Gang. Der Anfang wird in einigen Abgeordnetenbüros, bei den Ausschüssen und der Verwaltungsführung gemacht.

677 Arbeitsplätze

Für rund 670 Benutzer ist der Landtagsneubau nun die Stätte ihrer täglichen Arbeit. Allerdings halten sich die meisten der 227 Abgeordneten des größten deutschen Landesparlaments nur tage- oder stundenweise in ihren Büros auf, die zur Not auch eine Schlafstatt bieten. Rund 450 Mitarbeitern gibt der Neubau jedoch einen festen Arbeitsplatz: 44 im Düsseldorfer Parlament beschäftigte Abgeordnetenmitarbeiter, 73 Fraktionsangestellte (35 bei der CDU, 26 bei der SPD und 12 bei der F.D.P.), rund 280 Bedienstete der Landtagsverwaltung sowie ca. 50 Beschäftigte von Fremdfirmen (Restaurant und Reinigung).

Repräsentation auch für die Opposition

Das Parlament ist das einzige Verfassungsorgan, in dem auch die Opposition staatstragende Aufgaben zu erfüllen hat. Demzufolge ist das Landtagsgebäude der einzige Staatsbau, in dem den parlamentarischen Minderheiten aus Landesmitteln angemessene Arbeits- und Repräsentationsräume zur Verfügung gestellt werden. Mit dem Neubau wird auch in dieser Hinsicht ein neues Kapitel der Landesgeschichte aufgeschlagen. MMG

Der Plenarsaal als Kern ist wie ein Fixstern von Räumen umrundet

Ein Spiel mit Kreisen eröffnet ein neues Spannungsfeld

Von
Professor Fritz Eller

Südlich der Düsseldorfer Altstadt an der Rheinkniebrücke oder richtiger und besser im Rhein —, im Berger Hafen, — ist das neue Landtagsgebäude errichtet worden. Der Rhein breitet sich an dieser Stelle in einer Schleife mächtig aus und beherrscht das ganze Bild in der Niederrheinischen Landschaft.

Wir finden diesen Standort großartig, weil er die natürlich gewachsene und notwendige Mitte der Stadt nicht in Frage stellt und doch wie eine Ellipse ein neues, zusätzliches Spannungsfeld eröffnet und so über die Stadt hinaus für das ganze Land Bedeutung gewinnt.

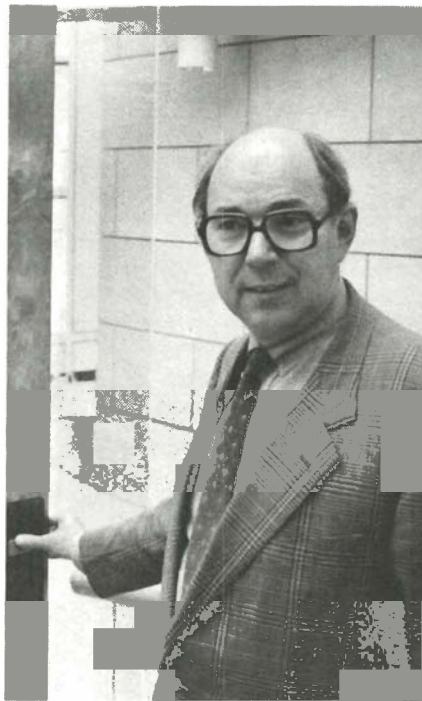
Die Aufgabe, die es zu lösen galt, ist komplex, das Beziehungsgefüge sehr dicht. Ein Spiel mit Kreisen führte zum Entwurf mit einer zentrierten Komposition, die von senkrecht stehenden Zylindern oder Teilen davon beherrscht ist. Der Plenarsaal als Kern ist wie ein Fixstern von den Fraktionsälen und den Spiralförmigen der Abgeordnetenbereiche umrundet. Der Zusammenhang zwischen Sache und Sinn wird verständlich, die Vielzahl der Bereiche begreifbar, ohne daß das Gemeinsame, die Idee des Ganzen, aufgelöst wird.

Ort des freien Wortes

Der Anstoß, die entscheidende Idee für den Entwurf stammt vom Auslober selbst, er forderte einen kreisrunden Plenarsaal; wir verstanden diese Forderung als **Hoffnung auf das Gemeinsame, alles Zusammenfassende**, als Versammlung der Volksvertretung, trotz aller Unterschiede der jeweiligen Vorstellung über den besten Weg und das anzustrebende Ziel. Einen Ort des freien Wortes. Und wir folgerten weiter: wenn diese Forderung für den Plenarsaal gilt, müßte sie auch für die Fraktionsäle gelten, und weil der Plenarsaal inhaltlich den Kern bildet, müßten die Fraktionsäle diesem zugeordnet sein, eben wie Satelliten, die durch die Wandelhalle räumlich miteinander verbunden sind, sowie durch Wegeführungen über Treppen und Hallen und Sichtverbindungen durch alle Geschosse hindurch und auch nach außen hin zu Raumentwicklungen führen, die die Bedeutung der verschiedenen Orte und die Ordnung der inneren Zusammenhänge des Parlaments verständlich machen. Alle diese so wesentlichen Elemente des Parlaments sind als „Obergeschöß“ zusammengefaßt, bezogen auf die Mitte, den Plenarsaal, sind sie weiter noch umgeben von den Räumen der vier Frak-

tionenleitungen und von den Räumen des Landtagspräsidenten, den Räumen der Vizepräsidenten und den Repräsentationsräumen für Staatsempfänge. Der Kern ist in gestalterischer Hinsicht Schwerpunkt des Gebäudes nach außen wie nach innen, um den alles zusammengefaßt ist. Er ist begründet und getragen und vorstellbar nur durch die „Bürgerhalle“ — die große Eingangs- und Empfangshalle im Erdgeschöß. Das Haus öffnet sich von

offen miteinander verbunden. Der Besucher kann auch von der Halle aus hinuntergehen in das an der Rheinpromenade liegende Restaurant. In der Halle liegt noch ein großer Vortragssaal, ein Empfangssaal. Außerdem liegen hier noch die fünf Säle für die Parlamentsausschüsse, Räume für die Landesregierung, die Landespressekonferenz und in offener Sichtverbindung zur Halle der Lesesaal der großen Bibliothek.



Professor Fritz Eller

der Mitte her. Eine große Vorfahrt führt in das Gebäude, in einen architektonisch definierten Hof, offen, durchschaubar, abgehoben und in Abstand zum lärmenden Alltag. Der Weg führt hinein, ohne spürbare Schwelle, denn Hof und Halle überschneiden sich von außen nach innen. Die Halle breitet sich nach beiden Seiten weit aus und umfaßt das ganze Panorama. Der Rhein strömt nur durch die große Glasfassade getrennt am Landtag vorbei.

In dieser Eingangshalle treffen sich alle, Besucher, Abgeordnete und Regierende. Durch große Öffnungen in der Decke über der Eingangshalle führt eine breite geschwungene Treppe die Abgeordneten zum Plenarsaal, und ein gläserner Aufzug bringt die Besucher hinauf auf die Tribüne und gibt ihnen während der Fahrt nach oben Einsicht in die Ebenen des parlamentarischen Geschehens. Alle Ebenen sind

Schalen, Schotten und Portale

Das Parlament hat noch vor der Auslobung des Wettbewerbs in langwieriger Diskussion alle Bedingungen und Forderungen bis ins einzelne gehend vorgedacht und vorgegeben, mit insgesamt 26 000 qm Hauptnutzfläche und noch dazu 900 Autoabstellplätze in einer Tiefgarage. Es mußten alle Forderungen erfüllt werden, auch in innerbetrieblicher, räumlicher, organisatorischer und technischer Hinsicht.

Das Schwierige der Aufgabe liegt aber nicht im Erfüllen der gestellten Forderungen und dem Einhalten von gegebenen Bedingungen. Daß das Gebäude „funktioniert“ ist nur Voraussetzung. Auf der Suche nach der Idee war die Beziehung zwischen Sache und Sinn die Achse, um die unsere Phantasie kreiste. Und so gingen wir vom kreisrunden Plenarsaal als Grundform aus, der die Regel bildet, nach der sich alle Teile entfalten und woraus Durchdringungen und Verbindungen von Zylindern und Schalen, Scheiben und Schotten, Portalen und Öffnungen, Auskragungen und Terrassen und aus der **Symmetrieachse** austretend, gegeneinanderstehen und dem Sinn oder der Sache nach entsprechend Wirkungen erzeugen. Die Arbeitsweise des Parlaments zwingt zugleich auch zu einer klaren Trennung in unterschiedliche Bereiche; auch wenn wir die Begegnung und Sichtbeziehung, das Sprechen und Hören so wesentlich herausstellen, gibt es für Besucher eigene Wege, ebenso wie für Abgeordnete.

Der Landtagsneubau ist kein Haus wie jedes andere. Es ist nicht das größte, nicht das kostbarste, hoffentlich nach den **Erfahrungen der Vergangenheit für uns** alle das wichtigste. Deshalb soll es im Ausdruck unverwechselbar sein. Inhalt und Sinn sollen übereinstimmen mit der Form, außen und innen. Es bleibt Nutzern und Gästen des neuen Gebäudes überlassen, zu beurteilen, ob dies gelungen ist oder nicht. Die Architekten — so glauben wir in Übereinstimmung mit den Nutzern, den Abgeordneten des Landtags — können stolz auf diesen neuen Landtag sein.

Erster vollständiger Parlamentsneubau in der Bundesrepublik

Im Feuilleton ihrer Ausgabe vom 30. August 1988 hat die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) den neuen Landtag unter ästhetisch-architektonischen Gesichtspunkten kritisch gewertet. Hier ein Ausschnitt des von **Wolfgang Pehnt** unter der Überschrift „Konvex, konkav, komplex — Das neue Landtagsgebäude in Düsseldorf / Ein Beispiel für demokratisches Bauen?“ verfaßten Berichtes:

„Neun Jahre sind seit dem Wettbewerb fürs neue Grundstück am Rheinbogen, dem zugeschütteten Berger Hafen, verflossen. Der Landtag ist dank der Bonner Unschlüssigkeit trotzdem der erste vollständige Parlamentsneubau in der Bundesrepublik geworden, komplett mit Plenum, Sälen für Fraktionen und Ausschüsse, Abgeordnetenzimmern und Verwaltung. So fiel auf die Wettbewerbssieger von 1980, das Düsseldorfer Büro Eller Moser Walter und Partner, die Bürde, als erste am ureigenen Ort demokratischer Willensbildung, am Haus der Legislative zu definieren, wie Demokratie sich in der Architektur abbilden kann.

Was demokratisches Bauen ist, läßt sich offenkundig nur in Allgemeinheiten beschreiben. Eine Haltung eher als eine Lösung. Selbstgewiß sollte demokratische

Architektur sein, fest in ihrem Willen, aber nicht auftrumpfend. Sie sollte Orte charakterisieren, Zuordnungen sichtbar machen, identifizierbar sein, aber weder banal noch exzentrisch. Friedliche Nachbarschaft müßte sie wahren, menschenwürdige Arbeitsverhältnisse bieten, Aufforderungen zum freien Umgang miteinander enthalten. Nicht überreden, sondern überzeugen. Solche Eigenschaften umschreiben, was sich mit einem einzigen Wort benennen ließe: gute Architektur.

Der Wunsch, die politischen Entscheidungen durchschaubar zu halten, darf nicht zu dem Fehlschluß verführen, Transparenz habe als Merkmal demokratischen Bauens zu gelten. Was (ohnehin meist bedampfte und verspiegelte) Glasflächen zeigen können, sind Menschen, die an Schreib- oder Konferenztischen sitzen wie andere verwaltende Zeitgenossen auch. Eller Maier Walter und Partner, wie das Büro heute firmiert, griffen denn auch nicht zur Symbolik gläserner Durchsichtigkeit, obschon der Bau maßvolle Transparenz bietet und Blickschneisen nach draußen freihält. Statt dessen setzten sie vor allem auf Zugänglichkeit des Hauses und Respekt vor seinen Gästen. Öffentliche Wege entlang dem Hause, durch seine Höfe und unter den Flügeln hindurch überstanden alle Sicherheitsbedenken.“

Einige Abschnitte weiter fährt der Autor fort: „Zehn Jahre sind in der gegenwärtigen Architektur eine lange Zeit. Was hat sich geändert, unser Blick oder der Entwurf auf

seinem beschwerlichen Weg von den delikaten Schaubildern zu den 350 000 Kubikmetern Realität? Das Landtagsgebäude ist keine verwechselbare Container-Architektur und kein dekorativer Zitatenschatz. Aber es ist auf seine Weise dem landläufigen Bürobau mit allzuviel Gestikulation, mit allzuviel Atemlosigkeit entkommen.

Zur nächsten städtischen Nachbarschaft nimmt dieses Spiel der Kreise, dieses Stück „swinging Düsseldorf“ keine Beziehung auf. Durch die hohe Auffahrt der Rheinkniebrücke von der Innenstadt getrennt, ließ sich das Stadtgewebe nicht bis hierher weiterführen. Die angrenzende Hochstraße soll in einen Tunnel verlegt, die Grünanlage um das Gelände einer zum Abbruch bestimmten Hochgarage erweitert werden. Das neue Haus wird dann in einen Park gebettet sein, den Bilker Rheinpark, der sich erstreckt, wo einst geschäftiges Hafentreiben und zum Schluß öde Stadtbrache herrschten.

Mit der 700-Jahr-Feier ihrer Stadt beschäftigt, haben die Düsseldorfer Anlaß, bei ihren Festlichkeiten der neuen Anlage zu gedenken. Im Halbbogen der Grünanlagen, der mit dem Rheinpark im Norden ansetzt und die Altstadt umzirkelt, stellt das neu gewonnene Terrain den südlichen Abschluß dar. Wenn die Uferstraße nach Kölner Vorbild in die Erde versenkt wird und Düsseldorf dem Strome näherrückt, gewinnt die Stadt zum Bogen die Sehne, die Verbindungslinie vom Planetarium im Norden zum Planetarium im Süden.“



Tradition und Fortschritt: Der alte Landtag in der Mitte neben der beginnenden Brückenauffahrt und das neue Parlament im Vordergrund.

Foto: van Treeck

Über Legislaturperioden beschäftigte die Standortfrage Politik und Öffentlichkeit

Ein neues Haus — im Spiegel der Schlagzeilen

Johnen: Ein blödes Gebäude

Ein „blödes Gebäude“ nannte Landtagspräsident Johnen das frühere Ständehaus am Düsseldorfer Schwanenspiegel, in dem seit März 1949 der NRW-Landtag tagt. Johnen, der seit Jahren vergeblich einen Neubau für das Landesparlament forderte, hat eine neue Taktik eingeschlagen, mit der er die ungeschlüssigen Abgeordneten zu einer Entscheidung für seine Baupläne gewinnen und in absehbarer Zeit ans Ziel seiner Wünsche kommen möchte: im Haushalt des nächsten Jahres sollen schon einmal die Mittel für die Planung eines neuen Landtagsgebäudes bewilligt werden, fordert er, wobei er gleichzeitig versichert, gebaut werde aber erst, wenn die Konjunktur abgeflaut sei.

(WAZ vom 4. Juli 1963)

Neuer Landtag mit alter Fassade

Im alten Kleid, mit neuem Kern und zwei angebauten Seitenflügeln — so wird sich aller Voraussicht nach der Landtag im Jahre 1981 den Düsseldorfern präsentieren. Präsident Dr. Wilhelm Lenz stellte gestern das neue Modell vor.

(NRZ vom 1. Dezember 1976)

Landtag soll nach Essen! Abgeordnete haben von Düsseldorf die Nase voll

Der Landtag soll von Düsseldorf zur Villa Hügel nach Essen verlegt werden! Diesen sensationellen Vorschlag machte gestern der SPD-Abgeordnete Hans-Georg Vitt (Siegen).

Vitt erregte sich über die Düsseldorfer Stadtverwaltung, die eine Beschlußfassung über zwei neue Landtags-Flügel (Bausumme: 98,5 Millionen) erneut von der Tagesordnung des Rates genommen hat: „Wir lassen uns nicht weiter verschaukeln.“

(Bild vom 15. Dezember 1977)

F.D.P.: Landtagsbau notfalls in Neuss

Wenn Düsseldorf für den Neubau des Landtags nicht in Kürze ein geeignetes Gelände zur Verfügung stelle, sei er dafür, „daß der Landtag Düsseldorf verläßt“. Das erklärte der Vorsitzende der F.D.P.-Landtagsfraktion, Hans Koch, am Wochenende auf einer Tagung des F.D.P.-Bezirksverbandes Niederrhein auf Burg Linn in Krefeld. Im Falle eines „Auszuges“ könne man auch überlegen, den Landtag nach Neuss zu verlegen, das genügend Grundstücke dafür besitze, meinte Koch. Bedingung sei allerdings, daß Neuss dafür „nicht den Preis der Eingemeindung nach Düsseldorf“ zahlen müsse.

(RP vom 30. Januar 1978)

Köln Hauptstadt?

Köln soll Landeshauptstadt von Nordrhein-Westfalen werden. Zwei Grundstücke zur Wahl sind dem Düsseldorfer Landtag angeboten worden, auf denen er sich mit einem Neubau seines Sitzungs- und Verwaltungsgebäudes in Köln niederlassen könnte: Am Sassenhof und an der linksrheinischen Zoo-Brückenauffahrt. Anbieter Günter Herterich, der Vorsitzende der Kölner SPD-Ratsfraktion: „Dieses Angebot ist ganz ernst gemeint.“ (Kölner Stadtanzeiger, Mai 1978)

Das Ständehaus ist gerettet

Am Monatsanfang deutete sich der Umschwung an, am Monatsende setzte er

sich durch: Bei nur sechs Enthaltungen stimmte gestern mittag die SPD-Fraktion des Landtages geschlossen für einen Parlamentsneubau am Rhein, unmittelbar neben Kniebrücke und geplantem Fernmeldeturm. Nach dem ebenfalls einstimmigen Votum der F.D.P. am 18. Oktober ist die Entscheidung jetzt gefallen, das historische Ständehaus wird nicht durch Flügelbauten verschandelt, der angrenzende Park nicht zerstört.

(RP vom 1. November 1978)

Endgültig: Neuer Landtag am Rhein

Der nordrhein-westfälische Landtag soll in den achtziger Jahren auf dem Düsseldorfer Hafengelände am Rhein entstehen. Die bisherigen Pläne, das derzeitige Parlamentsgebäude in der Innenstadt um zwei aufwendige Flügelbauten zu erweitern, sind gestern endgültig fallengelassen worden. Einstimmig beschloß der Hauptausschuß des Landtages, von der Stadt Düsseldorf ein 32000 Quadratmeter großes Grundstück zu 400 Mark je Quadratmeter am Rheinufer zu kaufen.

(Westfälische Nachrichten, Dezember 1978)

Der neue Landtag ist wie eine Blüte

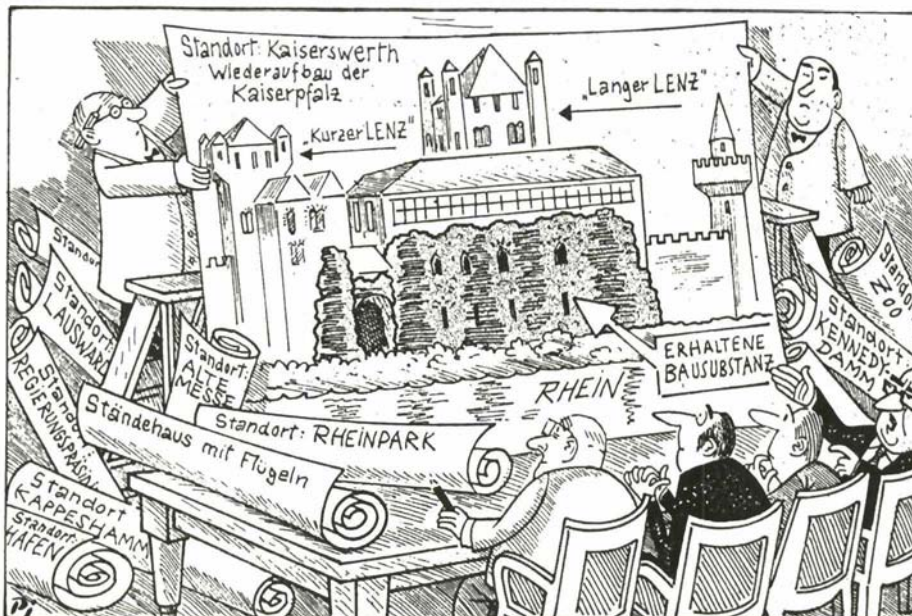
Die 19 Preisrichter waren sich nach drei Tagen einig: Das neue Landtagsgebäude im Rheinpark Unterbilik wird nach den Plänen des Architektenbüros Eller-Moser-Walter & Partner gebaut. Der 1. Preis des Bauwettbewerb „Landtag am Rhein“ — insgesamt wurden 58 Arbeiten eingereicht — blieb somit in Düsseldorf. Preisträger Prof. Fritz Eller vergaß vor lauter Freude über den Erfolg sogar die Summe, mit der der 1. Preis dotiert ist. „Da muß ich mich erst einmal erkundigen“, erklärte er gestern bei der Vorstellung der Bauentwürfe. Es sind genau 80000 Mark. Weniger konkret waren die Angaben über die Kosten des Projektes. Landtagspräsident Dr. Wilhelm Lenz: „Dazu kann man derzeit noch nichts sagen.“ Experten gehen jedoch davon aus, daß es fast 200 Millionen Mark werden.

(NRZ, 26. Februar 1980)

Im neuen Landtag wird bereits für die „Grünen“ vorgesorgt

Der neue Landtag von Nordrhein-Westfalen wird Platz für bis zu vier Fraktionen bieten. Die Planung für den am Düsseldorfer Rheinufer emporwachsenden Neubau soll entsprechend geändert werden. Das teilte Landtagspräsident John van Nes Ziegler am Dienstag bei einer Führung durch den Rohbau mit, der zu zwei Drittel vollendet ist. Richtfest soll Ende 1984 sein, zwei Jahre später kann dann der Landtag einziehen.

(WAZ vom 28. September 1983)



So sah der Karikaturist Klaus Pielert 1978 die Suche nach einem passenden Standort für den neuen Landtag.

Die drei „Bauherren“ des neuen Landtags

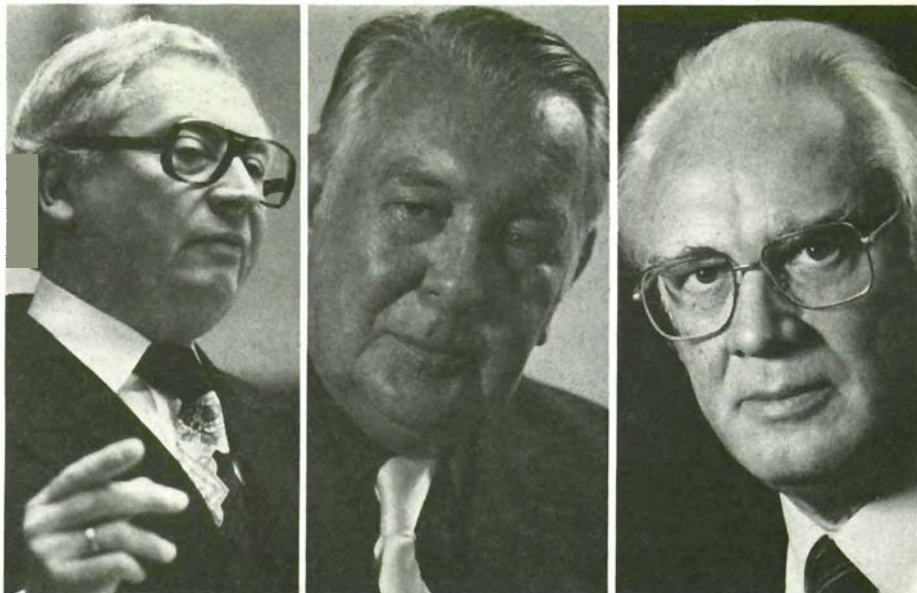
Von
Lothar Bewerunge

Wenn man tief genug in die lange Vorgeschichte zurückblickt, die zum Bau des neuen Landtags von Nordrhein-Westfalen am Rhein in Düsseldorf führte, dann muß man von drei politischen „Bauherren“ sprechen, die dieses Projekt — nicht ohne Rückschläge — immer wieder vorangetrieben haben: von den Landtagspräsidenten Dr. Wilhelm Lenz (CDU), John van Nes Ziegler (SPD) und Karl Josef Denzer (SPD). Alle drei repräsentieren in dieser Reihenfolge zugleich zwanzig Jahre Parlamentsgeschichte an Rhein und Ruhr. Freilich gab es lange vor ihnen Anfang der sechziger Jahre noch einen Landtagspräsidenten, der mit dem Gedanken spielte, dem Landesparlament jenseits des in seinen Grundzügen aus dem Jahre 1880 stammenden alten Ständehaus eine neue Heimat zu schaffen. Es war Wilhelm Johnen (CDU). Aber Johnens Anregungen kamen über gelegentliche Umbauten am Ständehaus und immer neue aufwendige Reparaturarbeiten nicht hinaus. Damals fehlte auch der politische Konsens. Die Zeit war wohl noch nicht reif dafür.

Lenz war es, der die Idee eines Landtagsneubaus ab 1970 energisch verfolgte und davon auch trotz gelegentlicher Meinungsschwankungen bei den Parteien und ihren Parlamentsfraktionen im Lande nicht mehr abließ. Nes Ziegler setzte dann 1980 die notwendige politische Beschlußlage durch und verfocht sie unbeirrt trotz anhaltender Widerstände in der Öffentlichkeit und nicht immer leichten Verhandlungsrunden mit der Landeshauptstadt Düsseldorf, die da auch ihre eigenen Vorstellungen miteinbrachte. Denzer hat schließlich ab 1985 wie ein treusorgender Hausvater die „Gewerke“ begleitet, immer wieder mit wechsamen Augen die lange Zeit chaotisch anmutende Großbaustelle abgeschritten, gelegentlich korrigierend eingegriffen und in der schwierigen Schluß- und Umzugsphase in den letzten Monaten dieses Jahres noch manchen Ärger auf sich ziehen müssen.

Ist es Zufall oder ist es bezeichnend, daß diese drei „Väter“ des neuen Landtags nie Ministerämter ausgeübt haben, nie Staatskanzler auf der Regierungsseite waren, sondern immer politisch als Parlamentarier gearbeitet haben? Alle drei hatten, bevor sie Landtagsabgeordnete in Düsseldorf und schließlich Parlamentspräsidenten wurden, ihr kommunalpolitisches Handwerk schon von der Pike auf gelernt. Lenz und Nes Ziegler waren, bevor sie in Düsseldorf aktiv wurden, politisch in Köln engagiert. Nes Ziegler brachte es dort bis zum Oberbürgermeister. Denzer kam von der anderen Seite dieses Bindestrich-Landes her nach Düsseldorf. Er war zuvor Ratsherr in Werl-Aspe und in Bielefeld.

Alle drei haben sich als Landtagspräsidenten einem Ziel verpflichtet gefühlt, das Denzer nach seiner Amtsübernahme 1985 so formulierte: „Ich zähle es zu meinen Aufgaben, die Rechte des Landtags gegenüber der Exekutive zu wahren, und ich werde mich auch an der Diskussion über eine Stärkung der Kompetenzen des Landtags im Verhältnis zur Landesregierung aktiv beteiligen.“ Der neue Landtag am Rhein ist in den vielen Würdigungen dieser letzten Wochen auch von der Konzeption der Architektur her als ein Beleg



Brachten den Landtagsneubau voran: v. l. die Präsidenten Dr. Wilhelm Lenz, John van Nes Ziegler und

dafür verstanden worden, daß der Parlamentarismus in Zukunft eine starke Stellung behalten soll. Natürlich muß das von innen her mit Leben gefüllt werden. Es sind die Abgeordneten als Politiker, die weiterhin ihre Leistung in Verantwortung vor allen Bürgern und Bürgerinnen zu erbringen haben. Lenz, Nes Ziegler und auch Denzer haben die Unzulänglichkeiten der Arbeit im alten Ständehaus unzählige Male erfahren müssen. Lenz suchte zuerst Lösungen in Erweiterungsbauten. Eine Zeitlang wurde sogar der Gedanke untersucht, aus dem alten Ständehaus von innen heraus einen neuen Landtag hochzuziehen. Der Zielstrebigkeit, der Hartnäckigkeit von Lenz ist es zu verdanken, daß man sich dann doch Mitte der siebziger Jahre dem Entschluß näherte, es mit einem kompletten Neubau an neuer Stelle zu versuchen. Lenz wollte von seinem politischen Ehrgeiz her eigentlich mehr. Er hatte früher die Position eines CDU-Spitzenkandidaten im Lande angestrebt, wollte also seine Partei aus der Opposition heraus als Ministerpräsident auf die Regierungsbänke bringen. Doch das zerbrach sich. Die Partei traf schließlich andere Personalentscheidungen.

Kein Denkmal

Wie Lenz galt auch Nes Ziegler als sein Nachfolger im Amt des Landtagspräsidenten ab 1980 als ein „mit allen Kölnen Wassern“ gewaschener Mann. Nes Ziegler hat die Idee des neuen Landtags mit beinahe schon aggressivem Selbstbewußtsein verfochten. Das bevölkerungsstärkste Bundesland und sein Parlament, das war seine These, sollten sich nicht länger den Minderwertigkeitskomplexen hingeben, die das Land seit der politischen Ehe zwischen Rheinländern und Westfalen — und mittendrin das gelegentlich hypochondrische Ruhrgebiet — viel zu lange hegte. Mit einem pragmatischen Sinn für das jeweils „Mehrheitsfähige“ trieb er den Neubau des Parlaments voran. Er liebte sarkastische Töne, Nes Ziegler über den engen und schlecht belüfteten alten Plenärsaal im Ständehaus: „Das ist hier schlimmer als im Kino, denn da ist man nach zwei Stunden wieder raus.“ Und derselbe Präsident über zuweilen allzu aufwendige Pläne für den Neubau: „Wir wollen hier

kein Denkmal. Abspecken heißt die Parole.“ Darüber, daß dieses Werk dann im wesentlichen im Rahmen der Zeit- und auch der Kostenplanung fertiggestellt werden konnte, hat Denzer dann als Nes Zieglers Nachfolger ab 1985 gewacht. Die Probleme wuchsen eher, als alles schon definitiv beschlossen schien. Das Wahlergebnis von 1985 brachte dem Landesparlament 26 Überhangmandate. Es wuchs auf 227 Abgeordnete an. Vorsorge mußte auch für den Fall getroffen werden, daß bei sich wandelnder Parteienlandschaft die Zahl der Fraktionen einschließlich ihrer wissenschaftlich-politischen Mitarbeiter noch größer werden würde. Denzer bewältigte mancherlei Schwierigkeiten in diesen letzten Jahren — es gab große Herausforderungen, aber auch schrecklich viele kleine Aufreglichkeiten — mit seiner langen parlamentarischen Erfahrung und einer gesunden Portion an Unnachgiebigkeit. Lange zuvor hatte er die SPD-Landtagsfraktion geführt. Das glich manchmal, wie Denzer sich heute lächelnd erinnert, einer „Raubtierdressur“. In der Zeit vom Richtfest des Rohbaus bis zur feierlichen Einweihung des neuen Landesparlaments mag Denzer wohl gelegentlich Ähnliches empfunden haben, in der notwendigen Zusammenarbeit und auch unerläßlichen Auseinandersetzung mit Politikern jeder Couleur, Journalisten, Architekten, Baufirmen, Bauaufsichtsbehörden, Heimatvereinen, Bürgerbegehren und anderen „Mahnern“ bis hin zum Bund der Steuerzahler. Denzer schüttelt das heute, da alles in erwartungsfroher Haltung überstanden scheint, anekdotenhaft von sich ab: „Beim Bau meines eigenen Hauses bin ich auch immer von einer Ohnmacht in die andere gefallen, man kennt das schließlich.“ Ohne das zapackende Engagement von Parlamentspräsidenten wie Lenz, Nes Ziegler und Denzer wäre der neue nordrhein-westfälische Landtag am Rhein nicht so entstanden, wie er sich jetzt präsentieren kann, offen auch für die Bürger dieses Landes. Aber der Streit und die Konflikte im „Haus“ werden bleiben. In der repräsentativen Demokratie ist der Konflikt der Abgeordneten um gute oder noch bessere Lösungen unverzichtbarer Bestandteil des politischen Wettbewerbs und der gegenseitigen Kontrolle. Auch im neuen Landtag wird der Sinnspruch fortwirken: „Ums Wort und Widerwort und wieder Wort.“



Viel Licht und großzügiger Raum: Blick in den Innenbereich des neuen Landtags.

Foto: Schüler